

II— 86 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 74/J

1975 -12- 17

A n f r a g e  
=====

der Abgeordneten Dr.FEURSTEIN, Dr.ERMACORA, Dr.NEISSER, Dr.BLENK  
und Genossen

an den Herrn Bundeskanzler

betreffend die Beeinspruchung von Gesetzesbeschlüssen  
der Landtage (Art.98, Abs.2 B-VG) sowie die  
Zustimmung der Bundesregierung zu Landesge-  
setzen gemäß Art.97, Abs.2 B-VG

Nach Art.98, Abs.2 B-VG können Gesetzesbeschlüsse der  
Landtage wegen Gefährdung von Bundesinteressen von der  
Bundesregierung beeinsprucht werden. Diese Einsprüche  
müssen begründet sein.

Für Landesgesetze, die bei der Vollziehung die Mitwirkung  
von Bundesorganen vorsehen, ist gemäß Art.97, Abs.2 B-VG  
die Zustimmung der Bundesregierung zu dieser Mitwirkung  
erforderlich.

Hinsichtlich der praktischen Handhabung dieses Einspruchs-  
bzw. Zustimmungsrechts durch die Bundesregierung dringen  
nur in vereinzelt Fällen Informationen an die Öffent-  
lichkeit. Für eine ausgewogene Beurteilung der Tragweite  
dieser Rechte des Bundes ist es aber erforderlich, einen  
Gesamtüberblick über die diesbezügliche Praxis der Bundes-  
regierung zu gewinnen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den  
Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Wie viele Gesetzesbeschlüsse der Landtage wurden in  
den Jahren 1974 und 1975 der Bundesregierung gemäß  
Art.98, Abs.2 B-VG vorgelegt und wie viele der

- 2 -

in diesem Zeitraum vorgelegten Landtagsbeschlüsse wurden von der Bundesregierung beeinsprucht?

2. In wie vielen Fällen wurden die Einsprüche begründet:
  - a) ~~Mit~~ der fehlerhaften Ausführung von Bundes-Grundsatzgesetzen,
  - b) mit Eingriffen in Bundeskompetenzen,
  - c) mit verfahrensrechtlichen Mängeln,
  - d) mit inhaltlichen Verstößen gegen Verfassungsgrundsätze,
  - e) mit Verstößen gegen andere Bundesinteressen?
3. Auf welche Weise und wann werden Sie dem Punkt 15 des Forderungsprogramm der Bundesländer (Anlage 3, Ergänzung zum Forderungsprogramm der Bundesländer, I. Forderungen im Rahmen des Verfassungsrechts, vom 20.10.1970), wonach die Bundesländer eine Einschränkung des Einspruchrechts auf behauptete Eingriffe in Bundeszuständigkeiten verlangen, Rechnung tragen?
4. Wie viele Gesetzesbeschlüsse der Landtage wurden in den Jahren 1974 und 1975 der Bundesregierung gemäß Art. 97, Abs. 2 B-VG mit dem Ersuchen um Zustimmung vorgelegt und in wie vielen Fällen wurde diese Zustimmung verweigert?
5. In wie vielen Fällen waren bei der Verweigerung der Zustimmung für die Mitwirkung von Bundesorganen
  - a) verfassungsrechtliche Bedenken,
  - b) zusätzliche finanzielle Belastungen für den Bund,
  - c) andere Bundesinteressenentscheidend?